

Antrag

der Abgeordneten Grigorios Aggelidis, Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Daniel Föst, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Den Bundesfreiwilligendienst für Seniorinnen und Senioren attraktiver machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 haben die Regierungsparteien vereinbart, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt durch den Ausbau des Bundes- und Jugendfreiwilligendienstes zu stärken. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung hat dies auch zum Ziel, vergisst dabei jedoch die Seniorinnen und Senioren, die sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) engagieren, stärker einzubinden. Deren Engagement sollte durch ansprechende Rahmenbedingungen stärker gefördert und nicht begrenzt werden.

Aktuelle Zahlen des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zeigen, dass im Januar 2019 in der Altersgruppe der über 65-Jährigen 207 Frauen und 229 Männer (also insgesamt 436 Personen) einen BFD leisteten. Diese Zahl steht insgesamt 29.726 Personen im Alter bis 27 Jahren, 6.980 Personen in der Altersgruppe zwischen 27 und 50 Jahren und 4.731 Personen im Alter zwischen 51 und 65 Jahren gegenüber (www.bundesfreiwilligendienst.de/servicemenu/presse/statistiken.html). Diese Zahlen belegen, dass die Gruppe der Seniorinnen und Senioren nicht in vergleichbarem Maße wie andere Bevölkerungsgruppen vom BFD angesprochen wird.

Der Bundesfreiwilligendienst bietet Seniorinnen und Senioren eine zusätzliche Möglichkeit, sich nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit weiterhin als wichtiger

Teil der Gesellschaft einen Beitrag zum Zusammenleben zu leisten. Um mehr Seniorinnen und Senioren für ein verstärktes Engagement zu gewinnen, sollte dies einfacher sein als bisher.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Vorschrift einer Dienstzeit von mindestens 20 Stunden pro Woche im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes für die Altersgruppe der über 65-Jährigen aufzuheben;
2. die Minstdauer des Bundesfreiwilligendienstes für Seniorinnen und Senioren auf einen möglichen Zeitraum von zunächst vier Wochen mit anschließender Verlängerungsoption zu verkürzen;
3. die Rahmenbedingungen des Bundesfreiwilligendienstes dahingehend zu flexibilisieren, dass sich Seniorinnen und Senioren mehrmals und in unterschiedlichen Einsatzbereichen engagieren können;
4. zu prüfen, ob die im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstgesetzes bereitgestellten Leistungen für Freiwillige auch den Bedarfen der Seniorinnen und Senioren entsprechen;
5. das Informationsangebot über ein freiwilliges Engagement für Seniorinnen und Senioren transparenter, einfacher zugänglich und verständlicher zu gestalten;
6. Informationskampagnen zu starten, die darauf abzielen, das Bewusstsein der Seniorinnen und Senioren dafür noch weiter zu stärken, dass sie in der Gesellschaft gebraucht werden und sie einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten;
7. die Anrechnung des Taschengeldes sowie des Sachbezugswertes von Unterkunft, Verpflegung und Kleidung als Hinzuverdienst auf die Rente abzuschaffen.

Berlin, den 11. März 2019

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Ältere Menschen werden, weil ihr Anteil an der Bevölkerung wächst, zukünftig einen neuen Platz in der Gesellschaft einnehmen. In einer Gesellschaft des langen Lebens stecken enorme Kräfte: die Zeit und die Bereitschaft gerade der Älteren, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren.

Es gilt, älteren Menschen neue Wege für Selbst- und Mitverantwortung in der Zivilgesellschaft zu ebnen, auch über Familiengrenzen hinaus. Insbesondere in den Kommunen muss eine Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. Damit wird zugleich die Voraussetzung für die Entwicklung und Entfaltung von differenzierten Altersbildern geschaffen.

Eine flexiblere Gestaltung des Bundesfreiwilligendienstes könnte dazu beitragen. Der angesprochene Personenkreis würde erweitert und die Möglichkeiten des intergenerationalen Lernens kämen allen Bürgerinnen und Bürgern zugute.